

Der Landtag von Niederösterreich hat am in Ausführung des Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl. Nr. 1/1957 in der Fassung BGBl. I Nr. 179/2004, beschlossen:

Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes

Artikel I

Das NÖ Krankenanstaltengesetz, LGBl. 9440, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 2 wird die Wortfolge „Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.
2. Im § 4 Abs.2 wird die Wortfolge „Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.
3. Im § 8 Abs. 1 lit. a wird nach dem Wort „durch“ die Wortfolge „Ambulanzen der genannten Krankenanstalten und“ eingefügt.
4. Im § 8 Abs. 1 lit. e wird nach dem Wort „Großgeräteplanes“ die Wortfolge „bzw. des diesen ersetzenden Österreichischen Strukturplanes Gesundheit“ eingefügt.
5. Im § 8 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt:
„Dies gilt auch dann, wenn der Krankenversicherungsträger Dritte mit dem Betrieb eines Ambulatoriums betraut.“
6. Im § 9 Abs. 1 lit. f wird die Wortfolge „Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.
7. § 10 Abs. 1 lit. d lautet:
„d) die für den unmittelbaren Betrieb der Krankenanstalt erforderlichen medizinischen Apparate und technischen Einrichtungen vorhanden sind und die Betriebsanlage sowie alle medizinischen Apparate und technischen Einrichtungen den sicherheitspolizeilichen und gesundheitspolizeilichen Vorschriften entsprechen sowie überdies die Vorgaben des Landes-Krankenanstaltenplanes (§ 21a) erfüllt sind,“
8. Im § 10 Abs. 1 lit. g wird nach dem Wort „Großgeräteplanes“ die Wortfolge „bzw. des diesen ersetzenden Österreichischen Strukturplanes Gesundheit“ eingefügt.

9. § 10 Abs. 1 lit. h lautet:

„h) sowie die vorgesehenen Strukturqualitätskriterien erfüllt sind.“

10. Im § 11 Abs. 1 lit. g wird nach dem Wort „Großgeräteplan“ die Wortfolge „bzw. des diesen ersetzenden Österreichischen Strukturplanes Gesundheit“ eingefügt.

11. Im § 11 Abs. 1 letzter Satz wird nach der Wortfolge „Landes-Krankenanstaltenplanes (§ 21a)“ die Wortfolge „sowie die Strukturqualitätskriterien“ eingefügt.

12. Nach dem § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

„§ 11 a

Bewilligungen nach §§ 8, 10 und 11 sind der Bundesgesundheitsagentur unverzüglich bekannt zu geben.“

13. Im § 16c Abs. 4 erster Satz wird nach dem Wort „Qualitätssicherung“ die Wortfolge „, die unter der Leitung einer fachlich geeigneten Person steht,“ eingefügt.

14. Im § 19 Abs. 1 lit. a Z. 5 wird die Wortfolge „Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), BGBl. Nr. 460/1992 in der Fassung BGBl. Nr. 327/1996, sowie neben ärztlichen Anordnungen, auch die erforderliche Aufsicht über das Personal nach dem Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste (MTF-SHD-G), BGBl. Nr. 102/1961 in der Fassung BGBl. I Nr. 46/1999“ durch die Wortfolge „MTD-Gesetz, BGBl. Nr. 460/1992 in der Fassung BGBl. I Nr. 7/2004, und für Heilmasseur nach dem MMHmG, BGBl. I Nr. 169/2002 in der Fassung BGBl. I Nr. 141/2004, sowie, neben ärztlichen Anordnungen, auch die erforderliche Aufsicht über medizinische Masseur nach dem MMHmG und Personal nach dem MTF-SHD-G, BGBl. Nr. 102/1961 in der Fassung BGBl. I Nr. 6/2004“ ersetzt.

15. Im § 19e Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die NÖ Landesregierung ist verpflichtet, durch die Bereitstellung der erforderlichen Personal- und Sachausstattung der NÖ Ethikkommission zu ermöglichen, ihre Tätigkeit fristgerecht durchzuführen.“

16. § 19e Abs. 4 Z. 3 lautet:

„3. einem Facharzt, in dessen Sonderfach die jeweilige klinische Prüfung oder neue medizinische Methode fällt, oder gegebenenfalls einem Zahnarzt; diese dürfen nicht Prüfer sein,“.

17. Im § 19e Abs. 5 wird folgender Satz angefügt:

„Wird die Ethikkommission im Rahmen einer multizentrischen klinischen Prüfung

eines Arzneimittels befasst, so hat ihr jedenfalls ein Facharzt für Pharmakologie und Toxikologie anzugehören.“

18. Nach dem § 19e wird folgender § 19 f samt Überschrift eingefügt:

„Kinderschutzgruppen
§19f

- (1) Die Rechtsträger von Krankenanstalten, in denen Abteilungen für Kinder- und Jugendheilkunde geführt werden, sind verpflichtet, Kinderschutzgruppen für den Wirkungsbereich der jeweiligen Krankenanstalt einzurichten.
- (2) Der Kinderschutzgruppe haben als Vertreter des ärztlichen Dienstes ein Facharzt für Kinder- und Jugendheilkunde oder ein Facharzt für Kinderchirurgie, ein Vertreter des Pflegedienstes und ein Mitglied aus dem Kreis der Personen, die zur psychologischen Betreuung oder psychotherapeutischen Versorgung in der Krankenanstalt tätig sind, anzugehören. Die Kinderschutzgruppe kann beschließen, einen Vertreter des zuständigen Jugendwohlfahrtsträgers beizuziehen.
- (3) Die Mitglieder der Kinderschutzgruppe werden vom Rechtsträger der Krankenanstalt auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Der Vorsitz kommt dem Vertreter des ärztlichen Dienstes zu. Eine Wiederbestellung ist möglich. Für jedes Mitglied ist ein in gleicher Weise qualifiziertes Ersatzmitglied zu bestellen.
- (4) Der Kinderschutzgruppe obliegt insbesondere die Früherkennung von Gewalt an oder Vernachlässigung von Kindern und die Sensibilisierung der in Betracht kommenden Berufsgruppen für Gewalt an Kindern.
- (5) Die Kinderschutzgruppe kann sich eine Geschäftsordnung geben, in der insbesondere die Anzahl der mindestens pro Jahr stattfindenden Sitzungen, die Einladungsfristen und Beschlusserfordernisse näher zu regeln sind.“

19. § 21 Abs. 4 zweiter Satz lautet:

„Empfehlungen hinsichtlich der weiteren Medikation haben, wenn medizinisch vertretbar, den vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger herausgegebenen Erstattungskodex und die Richtlinie über die ökonomische Verschreibweise zu berücksichtigen.“

20. Im § 21 Abs. 4 wird nach dem zweiten Satz (neu) folgender Satz eingefügt:

„Erforderlichenfalls ist eine Bewilligung des chef- und kontrollärztlichen Dienstes der Krankenversicherungsträger einzuholen.“

21. Im § 21a Abs. 1 wird nach dem Wort „Großgeräteplanes“ die Wortfolge „bzw. des diesen ersetzenden Österreichischen Strukturplanes Gesundheit“ eingefügt.

22. Im § 28 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Zurücknahme einer Errichtungs- oder Betriebsbewilligung ist unverzüglich

der Bundesgesundheitsagentur bekannt zu geben.“

23. Im § 32 lit. e wird nach dem Wort „Abteilungen“ die Wortfolge „und sonstige bettenführende Organisationseinheiten“ eingefügt.

24. Im § 35a werden nach dem Abs. 6 folgende Abs. 7 bis 9 eingefügt:

„(7) Ein Rechtsträger von NÖ Fondskrankenanstalten kann bestehende Einrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Z. 1 oder 2 mit Bewilligung der Landesregierung an mehreren räumlich getrennten Standorten in einer Versorgungsregion als eine einheitliche Krankenanstalt führen, wenn eine gemeinsame Anstaltsleitung bestellt und eine gemeinsame Anstaltsordnung in Kraft gesetzt wird. Als Sitz dieser Krankenanstalt ist jener Ort anzusehen, von dem aus von der Anstaltsleitung überwiegend die Geschäfte geführt werden.

(8) Eine Bewilligung im Sinne des Abs. 7 ist nur zu erteilen, wenn

1. keine Qualitätsminderung der medizinischen Versorgung der Patienten zu besorgen ist,
2. diese Organisationsform im Sinne einer zweckmäßigen Wirtschaftsführung gelegen ist und
3. die Bestimmungen über die Organisation des ärztlichen Dienstes und des Pflegedienstes eingehalten werden.

(9) In einem Bewilligungsbescheid nach Abs. 7 ist der Sitz der einheitlichen Krankenanstalt festzusetzen und auszusprechen, ob der einheitlichen Krankenanstalt das Öffentlichkeitsrecht zukommt. Der Bescheid ist in seinen wesentlichen Teilen in den Amtlichen Nachrichten der NÖ Landesregierung kundzumachen. Auf das Bewilligungsverfahren hinsichtlich der gemeinsamen Anstaltsordnung finden die Bestimmungen des § 16 sinngemäß Anwendung.“

25. Nach dem § 37 wird folgender § 37a samt Überschrift eingefügt:

„Blutdepot
§ 37a

(1) Jede Schwerpunkt- und Zentralkrankenanstalt hat über ein Blutdepot zu verfügen. Daneben müssen in Standardkrankenanstalten Blutdepots eingerichtet werden, sofern sich nach Art und Leistungsangebot der Krankenanstalt ein Bedarf ergibt. Die Blutdepots dienen der Lagerung und Verteilung von Blut und Blutbestandteilen sowie der Durchführung der Kompatibilitätstests für krankenhausinterne Zwecke. Sie sind von einem fachlich geeigneten Facharzt zu leiten und mit dem zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen und fachlich qualifizierten Personal auszustatten. Der Leiter und das Personal müssen durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen rechtzeitig und regelmäßig auf den neuesten Stand der Wissenschaften gebracht werden.

(2) Für die Lagerung und Verteilung von Blut und Blutbestandteilen ist ein auf den Grundsätzen der guten Herstellungspraxis basierendes Qualitätssicherungssystem einzuführen und zu betreiben. Die Bestandteile des

Qualitätssicherungssysteme, wie Qualitätssicherungshandbuch, Standardarbeitsanweisungen (Standard Operating Procedures – SOPs) und Ausbildungshandbücher sind mindestens einmal jährlich und bei Bedarf auf den neuesten Stand der Wissenschaften zu bringen.

(3) Der Rechtsträger der Krankenanstalt hat sicherzustellen, dass jeder Eingang und jede Abgabe bzw. Anwendung von Blut und Blutbestandteilen im Rahmen des Blutdepots dokumentiert wird. Die Dokumentation hat eine nach dem Stand der Wissenschaft lückenlose Nachvollziehbarkeit der Transfusionskette, soweit diese in den Aufgabenbereich des Blutdepots fällt, sicherzustellen. Die Dokumentation ist durch mindestens 30 Jahre aufzubewahren.

(4) Die Lagerung und Verteilung von Blut und Blutbestandteilen durch Blutdepots hat den Anforderungen gemäß Art. 29 lit. e) der Richtlinie 2002/98/EG zur Festlegung von Qualitäts- und Gesundheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und den Anforderungen gemäß Anhang V der Richtlinie 2004/33/EG der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG zu entsprechen.“

26. Im § 43 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Die Rechtsträger öffentlicher Krankenanstalten der im § 2 Abs. 1 Z. 1 und 2 angeführten Arten können ihre Verpflichtung nach Abs. 1 auch durch Vereinbarungen mit anderen Rechtsträgern von Krankenanstalten, mit Gruppenpraxen oder anderen ärztlichen Kooperationsformen entsprechen. Solche Verträge bedürfen der Genehmigung der Landesregierung.“

27. Im § 44 Abs. 2 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Gleiches gilt für Zusatzleistungen, die mit den medizinischen Leistungen nicht im Zusammenhang stehen und auf ausdrückliches Verlangen des Patienten erbracht werden.“

28. § 45b Abs. 2 lautet:

„(2) Die im ersten Halbjahr eingehobenen Entschädigungsbeiträge sind bis spätestens 31. Juli und die im zweiten Halbjahr eingehobenen Entschädigungsbeiträge bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds zu überweisen, der diese Beträge nach Prüfung der Vollständigkeit dem NÖ Patienten-Entschädigungsfonds zu überweisen hat.“

29. § 49 Abs. 2 Z. 2 lautet:

„2. im Rahmen des LKF- Steuerungsgebietes kann der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds bei der leistungsorientierten Mittelzuteilung auf die besonderen Versorgungsfunktionen bestimmter Krankenanstalten Rücksicht nehmen. Als besondere Versorgungsfunktionen im Rahmen der LKF- Abrechnung gelten:
a) Zentralversorgung,
b) Schwerpunktversorgung,

c) Krankenanstalten mit speziellen fachlichen Versorgungsfunktionen und
d) Krankenanstalten mit speziellen regionalen Versorgungsfunktionen.
Bei der Zuordnung zu den Versorgungsstufen sind auch die
Versorgungsfunktionen einzelner Abteilungen entsprechend ihrer Anzahl und
Struktur zu berücksichtigen.“

30. Im § 49 Abs. 4 werden nach dem Wort „Großgeräteplanes“ die Wortfolge „bzw. des diesen ersetzenden Österreichischen Strukturplanes Gesundheit“ eingefügt sowie die Wortfolge „BGBl. I Nr. 5/2001“ durch die Wortfolge „BGBl. I Nr. 179/2004“ und die Wortfolge „Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.

31. Im § 53 Abs. 2 letzter Satz wird die Wortfolge „Art. 16 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Art. 20 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.

32. Im § 57 Abs. 1 wird die Wortfolge „Art. 16 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Art. 20 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.

33. § 58 Abs. 1 Z. 1 lautet:

“1. Entscheidung über den Abschluss von Verträgen zwischen Trägern öffentlicher Krankenanstalten außerhalb des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, die zum Zeitpunkt 31. Dezember 1996 bestehen, und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;“

34. Im § 58 Abs. 1 erhalten die Z. 2 und 3 die Bezeichnung Z. 3 und 4.
§ 58 Abs. 1 Z. 2 (neu) lautet:

“2. Entscheidungen über Streitigkeiten aus zwischen den Trägern der in Art. 14 Abs. 3 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens genannten Krankenanstalten und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (oder einen Träger der sozialen Krankenversicherung) abgeschlossenen Verträgen einschließlich der Entscheidung über die aus diesen Verträgen erwachsenden Ansprüche gegenüber Trägern der Sozialversicherung oder gegenüber dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds;“

35. Im § 58 Abs. 1. Z. 3 (neu) wird die Wortfolge „Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.

36. Im § 58 Abs. 1 Z. 4 (neu) wird die Wortfolge „Art. 29 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ durch die Wortfolge „Art. 35 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens“ ersetzt.

37. § 58 c entfällt.

38. Im § 62 Abs. 1 lit. b wird die Wortfolge „nichtspitalerhaltender und spitalerhaltender“ durch das Wort „von“ ersetzt.

39. Im § 62 Abs. 2 2. Satz entfällt die Wortfolge „spitalerhaltenden und der nichtspitalerhaltenden“.

40. Im § 64 Abs. 2 letzter Satz wird das Wort „zehn“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

Artikel II

Es treten in Kraft:

1. Am 1. Jänner 2005: Art. I Z 1-12, 22,23,26,27 und 29-32
2. Am 1. November 2005: Art. I Z. 20 und 21
3. Am 1. Jänner 2006: Art. I Z. 33-40